

Konsens, einen allgemeinen Bedarf oder die Erkenntnis eines Nutzens eines solchen Vertrags in den Bundesländern nicht gibt.

Mit dem Antrag wird darauf abgezielt, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Ich darf aber daran erinnern, dass die beste Bürokratie jene ist, die nicht notwendig ist.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ach!)

Wir sollten deshalb keine neuen landesweiten Vereinbarungen treffen, wenn bestehende Gesetze und Regelungen ausreichend Spielraum lassen und bedarfsgerechte Lösungen ermöglichen.

Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich möglichst viel Musik in den Kitas. Diesen Antrag hält sie dafür aber nicht für hilfreich. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache.

Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/8424. Wer stimmt zu? – Die SPD-, die FDP- und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU und Grünen. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 18/8424 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

13 Neue Schuldenorgie für alte Subventionspolitik? – Die Landesregierung steht in der Pflicht, den Habeckschen Irrweg nicht mitzugehen und selbst die Schuldenbremse einzuhalten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/8439

Ich darf die Aussprache eröffnen, und für die FDP-Fraktion hat der Kollege Ralf Witzel das Wort. Bitte sehr.

Ralf Witzel¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die FDP-Landtagsfraktion steht fest: In Zeiten der Zeitenwende bedarf es zur Bewältigung der gesamtwirtschaftlichen Herausforderungen mehr denn je auch einer Finanzpolitik der Zeitenwende.

Die Strategie für eine solche effiziente und vorausschauende Finanzpolitik stützt sich im Wesentlichen auf drei Säulen:

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

eine kurzfristige Krisenstabilisierung – sofern nötig –, eine angebotsorientierte Finanzpolitik, die in der Zukunft wirtschaftliche Impulse und Wohlstand auslöst, und der Erhalt der fiskalischen Solidität als Rahmenbedingung. Allerdings steht die Tragfähigkeit der Finanzen bei allen Gebietskörperschaftsebenen in Deutschland aktuell massiv unter Druck. Das zeigte erst in dieser Woche der sechste Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung.

Neue Probleme und Risiken sind – je nachdem wie sich die Parameter in den nächsten Jahren entwickeln – Demografie, Migration, Bildungsdefizite sowie Ausgaben für Gesundheit, Pflege und Alter. Dabei können ernsthafte Finanzierungsdefizite drohen, die die Schuldenstandsquote ansteigen lassen, sofern wir nicht rechtzeitig gegensteuern.

Wenn wir heute dauerhaft über unsere Verhältnisse leben, wäre das eine große Rücksichtslosigkeit gegenüber der jungen Generation. Genau das will aber die stellvertretende Ministerpräsidentin mit ihren grünen Transformationsprojekten. Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk, der in dem Antrag mit seiner Haltung zitiert ist, will das hingegen nicht. Deshalb unterstützen wir als Serviceopposition ihn heute natürlich, um Mona Neubaur in die Schranken zu weisen.

Der Habeck'schen Unlogik folgend wollen die Grünen ein Land Nordrhein-Westfalen, von dem sie sagen können: Wir sind arm, aber grün.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Ist das echt Ihr Ernst?)

Das sollte nicht unser Anspruch sein. Herr Finanzminister, Ihr Anspruch ist das auch nicht. Sie haben uns vor ein paar Wochen an diesem Rednerpult in diesem Hohen Haus ein sehr schönes Bild präsentiert, und das Bild, das Sie als Ihre Haltung bemüht haben, teile ich ausdrücklich. Sie sagten, Sie möchten nicht in die Situation geraten, kleinen Kinder in die Augen zu schauen und ihnen erklären zu müssen, dass wir ihnen für ihre Zukunft zu hohe Schuldenlasten hinterlassen.

Wir beide haben in den zurückliegenden Jahren mehrfach den Anlauf unternommen, in der Landesverfassung eine eigene Schuldenbremse zu verankern, damit diese unabhängig von der Bundesebene gilt.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Bislang sind wir in diesem Hause an den dafür notwendigen qualifizierten Mehrheiten gescheitert.

Das Vertrauen in solide Staatsfinanzen ist ein zentrales Ziel von uns. Es ist auch ausdrücklich nicht nur ein Gebot der ökonomischen Vernunft, sondern insbesondere eine Frage der Generationengerechtigkeit.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, ja)

Die FDP hat das Neuverschuldungsverbot in ihrem Grundsatzprogramm politisch erfunden und es als erste Partei in ihr Leitbild aufgenommen. Einige Jahre später konnte sie es erfreulicherweise auch im Grundgesetz verankern.

Wir stehen ausdrücklich weiterhin zu dieser Schuldenbremse, denn die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen und Negativzinsen von morgen. Umgekehrt gilt: Eine funktionierende Schuldenbremse ist zugleich die beste Inflationsbremse. Mit Schuldenpolitik bringen die Grünen hingegen niemanden so klar um Chancen auf Zukunftsgestaltung, Aufstieg und Vermögensbildung wie die junge Generation.

Wir müssen aufhören, milliarden schwere und rein auf Pump errichtete Schuldenschirme auch noch mit dem Euphemismus des sogenannten Sondervermögens zu verklären. Wer dauerhaft über seine Verhältnisse lebt, tut nichts Gutes.

Wenn wir ehrlich sind, kennen wir alle die Gefahr: Der nächste Schuldenschirm ist schon längst gespannt, bevor die Lasten des vorherigen auch nur ansatzweise zurückgezahlt worden sind. In diesen Mechanismus dürfen wir nicht hineingeraten.

Deswegen sollten wir alle im Interesse der Zukunftsfähigkeit unseres Landes über die Klarstellung des Bundesverfassungsgerichts froh sein. Wir haben jetzt in wesentlichen Fragen Rechtsklarheit, wie mit der Schuldenbremse und mit Schuldenschirmen umzugehen ist. Dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts entwickelt einen schützenden und hoffentlich auch bis in die Länderhaushalte durchgreifenden Charakter für die Finanzen. Alle Grundsätze der Überlegungen dieses Urteils zur Schuldenbremse sollten auch wir in Nordrhein-Westfalen uns zu Herzen nehmen und anwenden.

Für uns gibt es drei Selbstverständlichkeiten, die wir deswegen in diesem Antrag fordern. Wir erwarten erstens von der Landesregierung eine verfassungskonforme Haushaltsaufstellung 2025.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wir erwarten zweitens den Verzicht auf Schuldenschirme als Schattenhaushalte und drittens ein Bekenntnis zur Schuldenbremse. Wenn Sie dies heute ablehnen, wäre das auch ein interessantes Signal. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – So haben wir es häufig bei Haushalts- und Finanzdebatten: Auf Ralf Witzel folgt Olaf Lehne von der CDU-Fraktion.

Olaf Lehne (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Witzel, ich lese einmal die Überschrift Ihres Antrags vor:

„Neue Schuldenorgie für alte Subventionspolitik? – Die Landesregierung steht in der Pflicht, den Habeck’schen Irrweg nicht mitzugehen und selbst die Schuldenbremse einzuhalten“

Bereits die Überschrift dieses Antrags zeigt deutlich, dass diese Diskussion nicht nach Nordrhein-Westfalen in den Landtag gehört, sondern nach Berlin in den Bundestag.

(Beifall von der CDU und Tim Achtermeyer [GRÜNE] – Frank Müller [SPD]: Na, dann geh ich jetzt nach Hause!)

Es gibt überhaupt keinen begründeten Anlass zur Sorge, was die Position der schwarz-grünen Koalition zum Thema „Einhaltung der Schuldenbremse“ anbelangt. Der Bundesfinanzminister der FDP ist es, der sich in der Koalition offensichtlich nicht durchsetzen kann, viel verspricht und wenig hält.

Zu den Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers kann ich hingegen nichts sagen. Sie müssen schon von Ihrem direkten Draht in die Bundesregierung Gebrauch machen, wenn Sie wissen wollen, was in Berlin tatsächlich los ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie das zu Mona Neubaur!)

Sobald es hierzu eine abgestimmte Position der Bundesregierung inklusive des FDP-Parteivorsitzenden und Bundesfinanzministers Lindner gibt, können wir uns gerne noch einmal mit dieser befassen. Bis dahin kann man das nur als einen von mehreren Debattenbeiträgen aus Berlin verstehen. Natürlich kann es hierzu auch einmal unterschiedliche Kommentierungen von nordrhein-westfälischen Ministern geben. Das ist innerhalb eines Mehrparteiensystems legitim und unerlässlicher Bestandteil einer Demokratie.

Darüber hinaus erwecken Sie mit Ihrem Antrag den Anschein, als hätten sie lediglich physisch an dem Beratungsverfahren zum Haushaltsplan 2024 teilgenommen. Oft genug haben wir betont, dass es das Bestreben der schwarz-grünen Landesregierung ist, auch unter schwierigen Bedingungen an der Schuldenbremse festzuhalten.

Daran waren sowohl unserer Wirtschaftsministerin als auch unser Finanzminister maßgeblich beteiligt. Auch hier mag es in der Erarbeitung die eine oder andere abweichende Einschätzung gegeben haben. Letztendlich hat man sich aber auf eine gemeinsame Position geeinigt.

Das unterscheidet unsere Koalition hier in Nordrhein-Westfalen im Übrigen von der Ampelkoalition in Berlin. In Berlin verlagert man Kosten auf das Land und die Kommunen. Wir müssen schauen, wie wir die Milliarden Euro an Mehrkosten stemmen.

Im Zukunftsvertrag Nordrhein-Westfalen haben wir gleich zweimal bekräftigt, dass wir das Land unter Einhaltung der Schuldenbremse voranbringen wollen. Aber wem erzähle ich das? Anscheinend haben Sie weder richtig zugehört noch die nötige Recherche betrieben, bevor Sie den Antrag verfasst haben. Damit verkennen Sie nicht zuletzt die Relevanz, die diese Thematik für uns als Zukunftscoalition hat.

(Ralf Witzel [FDP]: Was sagt denn Mona Neubaur dazu? – Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Was sagt denn Christian Lindner dazu? – Zuruf von Simon Rock [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Wir haben im Jahr 2022 das Sondervermögen „Krisenbewältigung“ auf den Weg gebracht, um die immensen Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine abzufedern. Die Tragweite dessen ist uns bewusst. Ein solches Instrument haben wir nicht leichtfertig in Anspruch genommen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Auch zukünftig liegt es nicht im Interesse der Landesregierung, über die Errichtung eines Sondervermögens zu debattieren. Schließlich zählen zu den dafür notwendigen Voraussetzungen Naturkatastrophen oder besondere Notsituationen. Diese wollen wir uns nicht wieder herbeiwünschen.

Deswegen mache ich abschließend noch einmal deutlich: Mit uns gibt es kein willkürliches Aussetzen der Schuldenbremse zulasten der jüngeren Generation. Wir stehen auch weiterhin für die Schuldenbremse, für Generationengerechtigkeit und für die in den Artikeln 109 und 115 des Grundgesetzes normierten Handlungsmaßstäben, an denen wir uns stets orientieren und die wir im Sinne der verfassungsmäßigen Ordnung achten. Ihren Antrag lehnen wir ab, da er völlig überflüssig ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun der Kollege Alexander Baer das Wort.

Alexander Baer^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, wenn Sie sich schon einmal mit Volkswirtschaft beschäftigt haben, dann ist Ihnen mit Sicherheit auch der ehemalige Wirtschaftsweisen Professor Peter Bofinger ein Begriff.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Guter Mann!)

Professor Bofinger hat eine sehr eindeutige Meinung zur Schuldenbremse. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums kurz aus einem aktuellen Interview:

„Der Finanzminister feiert sich dafür, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine der niedrigsten Staatsschuldenquoten hat. [...] In keiner anderen wichtigen Volkswirtschaft der Welt werden Zukunftsinvestitionen zurückgestellt, weil man Angst vor der Staatsverschuldung hat.“

(Beifall von der SPD)

Da sind wir auch schon beim Kern der Sache. Laut Erhebung des ifo Instituts stehen rund die Hälfte der deutschen VWL-Professorinnen und -Professoren der Schuldenbremse kritisch gegenüber und befürworten ihre Abschaffung oder ihre Reform. Das war vor einiger Zeit noch anders. Da hielt man die Schuldenbremse für die Lösung aller Probleme. Heute wissen wir aber, dass sie das nicht ist. Die Finanzpolitik, die damals mit Einführung der Schuldenbremse bevorzugt wurde, hat versagt. Wir haben unser Land buchstäblich kaputtgespart. Ob in der Verkehrspolitik – ich sage nur: die Brücken in NRW –, in der Sozialpolitik – ich sage nur: Armutsquote –, in der Bildungspolitik, in der Wohnungspolitik, die nicht vorhandene Digitalisierung oder last but not least bei der Bundeswehr:

(Beifall von Christian Dahm [SPD])

In vielen Bereichen gibt es einen Investitionsstau. Wenn wir in unser Land nicht wieder mehr investieren, werden die nachfolgenden Generationen nur noch die Ruine eines Sozialstaats vorfinden.

(Beifall von der SPD)

Wir helfen ihnen mit der Schuldenbremse nicht. Im Gegenteil: Wir verweigern ihnen den Wohlstand und die Sicherheit, die wir ihnen schulden. Wir brauchen dazu eine starke Wirtschaft, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten kann. Einen modernen und zukunftsfähigen Staat sowie eine starke Wirtschaft schafft man allerdings nicht, indem man den Gürtel enger schnallt.

Lassen Sie mich eines deutlich sagen: Wir sind natürlich keine extremen Spinner, nur weil wir nicht dieselbe finanzpolitische Linie wie die FDP fahren.

(Heiterkeit von Christian Dahm [SPD])

Unser Ziel ist es, die Schuldenbremse so zu reformieren, dass sie den heutigen Ansprüchen gerecht werden kann und Investitionen in die Zukunft wieder möglich werden.

Wir müssen den Unterschied zwischen strukturellen Ausgaben und Investitionen herausarbeiten, denn – eine ehrliche Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP – welches Wirtschaftsunternehmen würde eine Schuldenbremse zur Erfolgssteigerung seines Unternehmens als sinnvoll erachten?

(Beifall von Dr. Dennis Maelzer [SPD] und Elisabeth Müller-Witt [SPD])

Wenn bei dieser Reform, die vernünftig und durchdacht sein muss, Investitionen notwendig werden,

die unser Land für die Zukunft fit machen, kann man durchaus darüber nachdenken, dies legal, ohne Verfassungsverstöße und durch Sondervermögen möglich zu machen.

Dass allerdings die FDP dieses Thema derzeit aufgeköcht – Herr Lehne hat es richtigerweise gesagt –, kann ich nur als politisches Kalkül werten. Rein fachlich sehe ich hierzu erstens keine Not. Zweitens sehe ich uns als Landesparlament gar nicht in erster Linie betroffen.

Um die Reform der Schuldenbremse kümmert sich derzeit die SPD-Bundestagsfraktion.

(Ralf Witzel [FDP]: Und Mona Neubaur! – Weiterer Zuruf)

Bis dahin wird natürlich jeder Bundes- und Landeshausalt auf seine Verfassungskonformität überprüft. Wir können den vorliegenden Antrag also nur als durchsichtigen Versuch der FDP werten, Bundesthemmen ins Land zu tragen, um erneut gegen die eigenen Koalitionspartner in Berlin Stimmung zu machen.

(Unruhe)

Zudem möchte ich ganz deutlich sagen: Die Stimmungsmache gegen die Grünen, die erschreckerweise auch in diesem Antrag durchklingt, muss endlich ein Ende haben.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und von Dr. Jan Heinisch [CDU])

Es ist einer demokratischen Diskussionskultur weder würdig noch zuträglich.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Ja genau!)

Lindners gezielte Sabotage der eigenen Regierungskoalition muss ebenfalls endlich ein Ende haben. Wohin soll das mit der FDP noch führen?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Simon Rock [GRÜNE])

Dieser Antrag ist sowohl fachlich als auch politisch nicht tragbar. Wir lehnen ihn deshalb entschieden ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf)

Vizepräsident Christof Rasche: Für die Fraktion der Grünen hat nun der Kollege Simon Rock das Wort, wenn er denn durchkommt.

Simon Rock (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Christian Dahm [SPD]: So ist das, wenn man in der Sonne steht!)

– Ja, ein Platz an der Sonne ist immer etwas Schönes.

Die FDP-Fraktion fordert in ihrem Antrag die Einhaltung der Schuldenbremse. Herzlichen Glückwunsch zu der innovativen Forderung, die Landesregierung möge sich doch an das Grundgesetz halten! Ich finde das interessant. Sie hätten genauso gut fordern können, dass man nicht nackt ins Plenum laufen sollte, oder Sie hätten andere Selbstständigkeiten fordern können – aber sei es drum.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Unabhängig davon, ob Sie das fordern, hält sich die Landesregierung selbstverständlich an das Grundgesetz. Bei jedem Haushalt hält sie sich auch an die verfassungsrechtlich vorgegebene Schuldenbremse, egal ob Sie das beantragen oder nicht. Offengestanden glaube ich, dass Sie daran auch keinen Zweifel haben.

Es war Ihnen allerdings wohl etwas zu unangenehm, nur einen einzigen Forderungspunkt aufzuschreiben, obwohl Sie im Kern nur diese eine Forderung hatten. In Ihrem Antrag steckt demnach noch ein zweiter Punkt: Die Landesregierung soll die Nutzung eines Sondervermögens zur Umgehung der Schuldenbremse ausschließen. – Ich habe so ein bisschen den Verdacht, dass Sie sich an ruhigen Abenden unseren Koalitionsvertrag noch mal angeschaut haben, alle Stellen markiert haben, die Ihnen nicht passen, und diese jetzt Plenum für Plenum abarbeiten.

Beim letzten Plenum war es das Thema „pauschale Beihilfe“. Jetzt reden wir über das Thema „Investitionsgesellschaft“. Ich bin wirklich gespannt, was in den nächsten Plenarsitzungen kommen wird. Auf jeden Fall freue ich mich darauf.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Grundsteuer!)

– Zur Grundsteuer haben wir zum Glück im Koalitionsvertrag nichts vereinbart, denn der Zug war abgefahren. Darüber haben wir heute Morgen ausreichend diskutiert.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Um mal ein bisschen Sachlichkeit in die Debatte zu bringen:

(Frank Müller [SPD]: Nur ein bisschen!)

CDU und Grüne haben zum Thema „Investitionsfinanzierung“ in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass sie unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Schuldenbremse bestehende Institutionen nutzen und ihre Aufgaben entsprechend erweitern – nicht mehr und nicht weniger.

Was wir uns vorgenommen haben, ist keine Umgehung der Schuldenbremse. Es ist eine Nutzung der Spielräume, die die Schuldenbremse offenlässt und die der verfassungsändernde Gesetzgeber im Bundestag und im Bundesrat so vereinbart bzw. um-

gesetzt hat. Deshalb ist es auch mit dem Grundgesetz vereinbar.

Ich stelle mir nur die Frage, warum die FDP dagegen ist. Warum eigentlich? Sie haben im letzten Plenum einen Antrag zur wirtschaftlichen Entwicklung auf die Tagesordnung setzen lassen, der nichts mit der Realität zu tun hatte. Sie haben darin über Abstürze der NRW-Wirtschaft fantasiert.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

Gleichzeitig wollen Sie nun Hilfsmaßnahmen wie beispielsweise den von Mona Neubaur vorgeschlagenen Investitionsbooster blockieren.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Wo ist die Mona?)

Ich frage mich: Wollen Sie als FDP die Wirtschaft am Boden sehen? Ist das Ihr Ziel?

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist Ihr Werk!)

– Wir haben konstruktive Vorschläge gemacht, und Sie torpedieren das hier ganz offensichtlich.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Was Sie da vorschlagen, ist komplett irre!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Der Vorschlag von Wirtschaftsministerin Mona Neubaur sieht eine Steuerreduktion von pauschal 25 % für den Zielen der Klimaneutralität und der Transformation dienende Investitionen vor. Die Finanzierung würde über ein Sondervermögen auf Bundesebene laufen. Genau so ging es auch beim Thema „Bundeswehr“, dem die FDP zugestimmt hat. Die Zweckbindung und die Verankerung im Grundgesetz wären glasklar, rechtskonform und würden Rechtssicherheit schaffen. Das wäre ein sehr guter Hebel, um notwendige Investitionen für die Transformation zu stemmen.

Allerdings habe ich so ein bisschen den Eindruck, dass „Zukunftsinvestitionen“ für die FDP ein Schimpfwort sind.

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

Diesen Eindruck wird man nicht los. Sie sollten mal überlegen, ob Sie sich in der Finanzpolitik wirklich nur ein Beispiel an der sogenannten schwäbischen Hausfrau nehmen wollen oder ob Sie sich nicht lieber des Beispiels des erfolgreichen Unternehmers bedienen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Wir überlegen aber nicht mit ihrem Geld! – Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

– Das ist interessant. Wissen Sie: Kein Weltkonzern hätte es über die eigene Garage hinaus zu etwas

gebracht, wenn er in der Wachstumsphase nicht Kredite für Zukunftsinvestitionen aufgenommen hätte.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Kein Unternehmer hätte das gemacht.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Ich war diese Woche in meinem Wahlkreis unterwegs, bei Johnson & Johnson, einem der größten Pharmaunternehmen der Welt mit einem Jahresumsatz von 100 Milliarden Euro. Selbstverständlich hätten die es nicht geschafft, einen der ersten Coronaimpfstoffe auf den Markt zu bringen, ohne Kredite für Investitionen aufzunehmen. Das ist doch das Normalste der Welt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich darf man als Staat und als Unternehmen Kreditmittel nicht für Quatsch ausgeben – vollkommen klar –, aber einfach nur ideologisch zu sagen: „Kredite sind grundsätzlich schlecht, egal ob als Unternehmen oder als Staat“, ist, wie ich finde, eine Art von Wirtschaftspolitik, die vollkommen unseriös und ideologisch ist. So kann man keinen Staat und keine Volkswirtschaft führen.

(Beifall von den GRÜNEN – Norwich Rüße [GRÜNE]: So sieht es aus! Kleines Witzel'sches Karo!)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun Dr. Beucker das Wort.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen, geehrte Herren! Unsere Fraktion steht grundsätzlich zur Schuldenbremse im Grundgesetz.

(Zuruf von der CDU: Grundsätzlich!)

Sie garantiert auf Dauer die finanzielle Stabilität dieser Republik und damit der Demokratie. Die Schuldenbremse ist als harte Budgetrestriktion ein Konzept, das aus der Analyse der sozialistischen Wirtschaft stammt. Dort reicht das eingesetzte Geld nie aus, und die staatlichen Akteure brauchen immer mehr Geld. Dem wird durch dieses Instrument ein Riegel vorgeschoben.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Das ist so ein Blödsinn!)

In dieser Hinsicht: gut so.

Zukünftige Generationen dürfen nicht belastet werden, nur weil die aktuelle den Gürtel nicht enger schnallen will. In Berlin ist das ein Problem, weil die Regierung darauf beruht, dass jeder der drei Regierungspartner sein genau definiertes Steckenpferd reiten darf. Teuer? Aber ja.

Die Regierungspartner passen nicht zueinander, kleistern die Unterschiede aber mit Geld aus Sondervermögen, also Sonderschulden, zu. Zahlen sollte der Bürger der Zukunft. Dem ist unter anderem das Bundesverfassungsgericht entgegengetreten. Grüne, SPD und FDP hatten die Verfassung gebrochen – um es mal so deutlich zu sagen.

Eine unkontrollierte Schuldenaufnahme – das müssen wir uns klarmachen – führt in den Staatsbankrott. Das kann sich länger hinziehen und beginnt zunächst mit dem Verlust der Glaubwürdigkeit und der Schuldentragfähigkeit. Wenn wir in den europäischen Süden blicken, erkennen wir erste Vorboten davon.

Hier scheint die andere Hinsicht auf: In einer Währungsunion, die wie unsere zur Schuldenunion geworden ist, ist der Schuldengebremste der Dumme. Deutschland hält die Glaubwürdigkeit des Euro, den letzten Anschein einer harten Währung aufrecht, indem es spart. Andere Länder verschulden sich für Wohltaten an die Bürger. Hätten sie eine eigene Währung, wäre dies eine Weichwährung, und sie müssten für ihre Verschuldung hohe Zinsen zahlen. Weil aber hier gespart wird, sind die Zinsen der gemeinsamen Währung niedriger und der europäische Süden hat das Beste aus zwei Welten. Gerecht? Aber nein.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Das ist der grundsätzliche Konstruktionsfehler des Euro – den die AfD seit 2013 nicht müde wird, aufzuzeigen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ja, ja, ja!)

Der SPD-Kanzler hat mit dem Bruch der Maastricht-Kriterien allerdings Tür und Tor dafür geöffnet.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist doch jetzt wirklich lächerlich!)

Zwei Hinsichten, ein Dilemma. Aus einer Sicht heraus ist die Schuldenbremse nötig, aus der anderen heraus bedenklich. Kommen wir aus dem Euro heraus? So schnell nicht. Kommen wir aus dem Dilemma heraus? Mit einer differenzierten Lösung schon.

(Zuruf von den Grünen: Mit der Reichsmark! –
Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Diese sähe vor, dass die harte Schuldenbremse dann gezogen wird, wenn das Nettovermögen des Staates negativ wird. Leichter erkennbar wäre das, wenn endlich nicht mehr die Einführung der doppelten Buchführung für den Staat verschleppt würde. Wir meinen, dass dies Methode hat, weil sich die schwierige Lage der Staatsfinanzen derzeit nicht leicht erkennen lässt, was das Schuldenmachen enorm erleichtert.

Leider stützt Ihre Partei, Herr Witzel, SPD und Grüne im Bund dabei. Deswegen können wir diesen Antrag nicht ernst nehmen. Die CDU können wir auch nicht ernst nehmen, denn die stützt die Grünen hier in NRW. Darüber hinaus ist die FDP maximal unglaublich. In der letzten Legislaturperiode hatte die AfD ein Gesetz eingebracht, um die Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern. Wer hat abgelehnt? Richtig, die FDP. Und als Teil der Bundesregierung treibt sie Deutschland in den Ruin.

Die Bundesregierung überfordert das Land mit der Transformation von einem Staat in eine Migrantenwohlzufühlzone. Sie überfordert das Land mit der weltweit dümmsten und unwirksamen Transformation in Energiefragen. Und sie hält keine Antworten bereit für die dritte, die demografische, Transformation, für die Krankenversicherungsfrage, die Pflegefrage, die Rentenfrage.

(Beifall von der AfD)

Das ist aber kein Wunder bei der Qualität der Wirtschaftsminister in Bund und NRW. Setzen die sich durch, werden wir ohne Schuldenbremse wie Argentinien. Dann ist immerhin der CO₂-Ausstoß niedriger, aber der Wohlstand auch.

Im Endeffekt ist die FDP bei dieser Politik bereitwilliger Steigbügelhalter – das muss man leider so sagen. Sie möchte mit dem sturen Festhalten an der Schuldenbremse darüber hinwegtäuschen. Aber das ist angesichts der EU-Perspektive geradezu gefährlich unterkomplex und bedeutet einen ungerechten direkten Vermögenstransfer nach Süden. Wir brauchen intelligente Weiterentwicklung, und gerade deswegen können wir die FDP-Vorschläge nicht gebrauchen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Minister Marcus Optendrenk das Wort. Bitte sehr.

Dr. Marcus Optendrenk^{*)}, Minister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung lehnt den Inhalt dieses Antrags ab. Für die Regierungsarbeit enthalten die von der antragstellenden Fraktion an die Landesregierung gerichteten Forderungen keine neuen Impulse.

Bereits im Koalitionsvertrag des Landes Nordrhein-Westfalen haben sich die Regierungsparteien darauf geeinigt, Haushalte ohne neue Schulden aufzustellen, wie es die grundgesetzliche Schuldenbremse samt Ausnahmen für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen als Voraussetzung einer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltspolitik vorsieht.

Die Landesregierung wird dem Landtag – das wird Sie nicht überraschen – den Haushaltsgesetzentwurf 2025 und die Finanzplanung bis 2028 zeitnah, wenn es ansteht, so, wie Sie das üblicherweise von uns erwarten, im Sommer zur Entscheidung vorlegen. Sie haben dann Zeit, darüber nachzudenken, ob die Kriterien, die aus Ihrer Sicht entscheidend sind, um diesem Antrag der Landesregierung dann zuzustimmen, erfüllt sind.

Sie haben in den letzten anderthalb Jahren erlebt, dass wir uns auf den Weg gemacht haben, in schwierigsten Situationen der Finanzen, aber auch globaler, europäischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten den Rahmen vernünftig einzuhalten und uns damit stabil auf einem guten Fundament zu bewegen.

Es hilft nicht so richtig weiter, dass wir uns unterjährig pausenlos irgendwelche Glaubensgrundsätze sagen.

(Beifall von der CDU)

Das kann man einmal pro Jahr tun, auch außerhalb von Haushaltsdebatten. Das kann man auch bei Gelegenheit noch mal vertiefen. Aber das, was hier inzwischen ritualisiert passiert, dass wir nämlich in wirklich jeder Plenardebatte aufgefordert werden, zu erklären, dass es noch so ist, wie es vor vier Wochen war, spricht zwar für eine geordnete Wiedervorlage des Kollegen Witzel, führt aber nicht zu neuen Erkenntnissen in der Sache.

So schnell ändern sich die Themen nicht, so schnell ändern sich unsere Grundsätze nicht. So schnell können wir Ihnen nicht einmal neue Haushaltspläne vorlegen, weil erst mal die alten bewirtschaftet und abgearbeitet werden.

Daher rate ich Ihnen, dass Sie möglicherweise einfach Ihre Wiedervorlage ein Stück weit mit einer Geduldsfunktion ausstatten. Das würde vielleicht auch bei anderen Themen dazu führen, dass Verwaltungen sich ein wenig darauf konzentrieren, die Bewirtschaftung des Haushalts vorzunehmen.

Es ist aber Ihr parlamentarisches gutes Recht, diese Geduldsfunktion nicht zu aktivieren. Es würde allerdings dem einen oder anderen manchen Abend im Plenum ein bisschen kürzer machen und im Sinne von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Stück entgegenkommen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund ist eine Frage der Familienfreundlichkeit auch, dass ich jetzt meine Rede beende, da ich Ihnen jetzt all das gesagt habe, was ich Ihnen immer schon mal sagen wollte. – Danke schön.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Somit kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/8439. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/8439 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

14 Fünfter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag, 5. MÄStV)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung
zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 18/8498

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem zuständigen Minister und Chef der Staatskanzlei, Herrn Liminski, der natürlich pünktlich am Redepult ist, das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

(Minister Nathanael Liminski ist außer Atem. – Christian Dahm [SPD]: Ist das die sportliche Einlage heute Abend?)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Soll ich weiterreden?

(Beifall)

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Ich habe heute Nachmittag hier ein flammendes Plädoyer für die NRW-Sportschulen gehalten, und ich weiß auch jetzt, warum.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich freue mich, dass ich das Thema „Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag“ einführen darf. Sie alle nehmen wahr, dass die Zahl der Staatsverträge momen-